

Merseburger Correspondent.

Verlag:
Sonntag, Dienstag, Mittwoch, Donnerstag
und Sonnabend 12 1/2 Bkr.
Erscheinung: Dolschke Nr. 5.

Wöchentliche Beilage:
Illustrirtes Sonntagsblatt.

Abonnementspreis:
pro Quartal: 1 Mark bei Abholung. — 1 Mark
20 Bkr. durch den Herausgeber. — 1 Mark
25 Bkr. durch die Post.

No. 254.

Mittwoch den 24. Dezember.

1890.

Abonnements-Einladung.

Mit dem 1. Januar n. J. beginnt ein neues
Abonnement auf den

Merseburger Correspondent.

Das pünktliche Eintreffen desselben in den ersten
Tagen des neuen Jahres hängt lediglich von der
rechtzeitigen Bestellung ab, die von den aus-
wärtigen Abonnenten bis zum 28. Dezember d. J.
bei den kaiserl. Postämtern bewirkt sein muß. Bei
späterer Erneuerung des Abonnements kann der
Empfang der ersten Nummern des kommenden Quar-
tals nicht mit Sicherheit in Aussicht gestellt werden,
auch sind die Postanstalten berechtigt, für die event.
Nachlieferung 10 Pf. Porto zu erheben.

Der Abonnementspreis beträgt wie bisher
1,25 Mk. (ohne Bestellgeld) bei der Post, 1,20 Mk.
bei unseren Colporteurs, 1 Mk. bei den Abholstellen.
Alle Postämter und Postboten, sowie die
Colporteurs nehmen Bestellungen entgegen.
Den hiesigen Abonnenten geht der Merseburger
Correspondent auch ohne besondere Bestellung
weiterhin zu, so lange eine Änderung nicht ge-
wünscht wird. Zu recht zahlreicher Beteiligung
laden höflichst ein

Redaction und Expedition
des Merseburger Correspondent.

* * Weihnachtsgedanken.

Selt lange wurde uns das Maß des alles Irdische
belebenden Sonnenlichts immer knapper zugemessen;
die Tage wurden kürzer und kürzer, die Sonne stand
täglich etwas niedriger am Himmel, der Frost gewann
immer mehr die Herrschaft über das Wasser und die
dahon durchdrückte Erde. Das Leben in der Natur
erlärte. Auf einmal ein Strahl der Hoffnung.
Die Sonne hat ihren niedrigsten Stand erreicht, tiefer
kann sie nicht mehr sinken; nun muß sie wieder
emporkriechen. Wenn sie es auch langsam thut, wir
kommen doch alle Tage etwas vorwärts. Und wenn
auch der Winter noch wiederholt versucht, seine Mächte
zu zeigen, wenn er noch einmal größere Kälte bringt,
als vorher gewesen, wir lassen uns dadurch nicht
schrecken: wir wissen, daß des Winters Macht be-
messen ist, daß die täglich höher steigende Sonne doch
schließlich die Herrschaft gewinnt. „Es muß doch
Frühling werden.“ Unten zu den „Helden“ ge-
rechneten deutschen Altvordern, deren Religion mit
den Vorgängen in der Natur in engem Zusammen-
hang stand, seierte in dieser Zeit eines ihrer Haupt-
sätze, das Jussus oder Mithrasgesetz. Sie glaubten,
daß die Sonne, wenn sie den niedrigsten Stand er-
reicht, kurze Zeit vollständig stillsteht, und daß in
dieser Zeit das Schicksal des ganzen nächsten Jahres
entschieden werde. Dann holten sie den grünen
saftigen Sonnenbaum herbei, als Zeugen dafür, daß
unter der aufsteigend streuzen Hülle des Winters noch
die Lebenskräfte der Natur nicht erloschen sind. Und
sie schmückten ihn mit Lichtern, um Licht und Wärme,
die nur wieder allmählig zur Geltung gelangen müßten,
zu feiern. Das Christenthum hat an diese heidnischen
Sitten angeknüpft und es hat dem Feste eine
größere geistige Vertiefung gegeben. — Unsere
politischen Gedanken klingen nun diesmal in
werkwürdiger Weise mit dem ursprünglichen Grund-
gedanken des Weihnachtsfestes überein. Auch wir
haben eine lange Zeit politischer Erstarrung hinter
uns, in welcher das politische Leben in unserem Sinne,
das Streben nach Freiheit und Recht erloschen zu
sein schien, in der nur noch der willige Gehör sand,
wider es verband, an die schmerzlichen Zustände der
Massen, an den Egoismus und die Vergeßlichkeit

nach Gut, an den Religions- und Klassenhaß zu
appelliren und in welcher Zeit auch die, welche die
„Künste der Besetzung“ in der Hand hatten, nach
dem mittelalterlichen Spruch handelten: „Wer das
Kreuz hat, der segnet sich.“ Beweise dafür haben
noch die letzten Wochen gebracht. Noch ist ja keine
gänzliche Umkehr dieses politischen Systems zu ver-
zeichnen. Manche politischen Anzeichen sprechen da-
für, daß die während der verflochtenen realistischen
Periode großgezogenen Mächte es versuchen werden,
mit aller Kraft dem Einlenken in liberalen, im Interesse
der Gesamtheit notwendigen Bahnen Hindernisse
in den Weg zu legen. Doch auch das schreckt uns
nicht. Wir wissen, daß die Sache des Volkes, der
Freiheit und des Rechts doch zur Geltung kommen
muß. Wir rechnen dabei nicht auf einzelne Personen,
sondern auf den natürlichen, gesunden Sinn und die
Kraft des Volkes, das heute Mittel und Wege ge-
nug hat, seine Ansichten zur Geltung zu bringen,
wenn es dies ernstlich will. Trost des „sic
volo, sic jubeo“ glauben wir, daß auch an letzter
Stelle das Bestreben vorwaltet, daß der dort beliebte
Weg, wenn er auch nicht mit dem unsrigen parallel
läuft, doch schließlich denselben Ziele zutreiben wird.
Der Anzeichen dafür sind genug vorhanden. Die
deutschfreundliche Partei ist die stärkste Segnerin aller
staatlichen Forderungen von Sonderzwecken und wenn
das heutige Regime ebenso lediglich die Förderung
des Allgemeinwohlts als die Bekämpfung aller eigen-
süchtigen Sonderzwecke als Ziel erhebt, so werden
wir zu Gelegenheiten finden, im vaterländischen Interesse
zusammenzuwirken. Dann wird nach langer Zeit
ver Fünftens und Achte in nicht zu ferner Zeit auch
bei uns der Frühling auch in der Politik eintreten.

Politische Nachrichten.

Zur parlamentarischen Lage schreibt man
der S. Ztg.: 44 abhängige Regierungsbeamte,
darunter 34 Landräthe, zählten die vereinigten Konser-
vativen zu den Streikern; ob dieses Quotienten ge-
nommen sein wird, den Gehalt der Herren Jansen gegen die
Staatsregierung vorzumachen, das ist die Frage, die
gegenwärtig die parlamentarischen Kreise beschäftigt.
Denn das Herr Herrfurth am 17. Dember im
Namen der Regierung sprechen durfte, daß er des
Gouvernements mit den maßgebenden Kollegen ver-
sichert war, unterliege keinem Zweifel. Man erinnert
sich der Rede, die Herr von Caprell bei Einbringung
der Reformvorlage hielt und die mit dem Satz
schloß: „Was ist ein Zusammenlegen von Ostpre-
nens und Ostbaltischen im Vergleich mit der
Frage, die den Staat vor Sein und Nichtsein stellt?“
Wirden die vereinigten Konservativen den karten
Trost besorgen, in dieser Frage bei ihrer Opposition
zu verharren, die gesamte Reformgesetzgebung zum
Schleppen zu bringen; und die eigene Partei in dem
jemlich sicheren Falle einer Auflösung des Abgeord-
nethauses, vor Sein oder Nichtsein zu stellen? Die
Organe fast sämtlicher Parteien zeigen sich
genugsam diese Frage zu verneinen. Selbst die „Kreuz-
zeitung“, die Herr v. Kautschaupt nun doch als Organ
der konservativen Partei anerkennt, auch hielt den
Gedanken an eine Auflösung für ausgeschlossen und
muß daher wohl die Möglichkeit einer Verständigung
mindestens von Ferner eckeln. Die freikonservative
„Post“, deren spiritus rector der Ministerialrat
Fischer v. Jellitzsch ist, zieht bemerkenswerth ge-
sunde Saiten auf und möchte den ganzen Con-
flikt als ein leicht zu entwirrendes Mißverständnis hin-
stellen, an dem eigentlich nur der konservative Commis-
sionsredner, Herr v. Sydow, aus ein Regierungs-
präsident, die Schuld tragen soll. Dieser erhebende
Versuch wird von der „Post. Ztg.“ recht lustig durch
die Anfrage parodirt, ob vielleicht Herr Landrath v.
Kautschaupt auch mißverstanden worden sei. Dieser
Herr hatte bekanntlich dem Minister zugerufen:
„Ihm: Sie was Sie wollen; die Konservativen
werden auch thun, was sie wollen.“ Das Berliner
Blatt fragt nun, ob am Ende auch das letzte „Ist“

groß zu schreiben und der Satz dann so zu verstehen
ist, die Konservativen würden auch thun, was der
Minister wolle. Mehrfach wird auch die Beschrän-
kung ausgesprochen, es möge ein Compromiß zu
Stande kommen, nach welchem die Konservativen
für die Landgemeinbedingung in der Fassung der
Regierungsvorlage stimmen würden, während die
vom Reichsfinanzsekretär v. Matzahn ohne besonderen
Nachdruck und ohne Unterstützung von Seiten des
Reichsfinanzers vertheilte Juckerreformvorlage unter
den Tisch fallen würde. Jedenfalls wird man gut
thun, die parlamentarische Lage nicht allzu ernst an-
zusehen und sich in den Reihen der Liberalen vor
unbekannt verurtheilt Missionen zu hüten. Die
Verhältnisse werden, dessen sind wir gewiß, die Re-
gierung früher oder später in die Richtung nach links
drängen. Einkreisen aber sind die governementalen
Elemente in der konservativen Partei offenbar eifrig
am Werke, den drohenden Bruch zu verkleinern. Die
Herren wissen zu genau, daß eine Auflösung auf
Grund der Reformvorlage stimmen müßte, daß
sie in wenigen Droffeln aus dem Wahlkampf ins
Parlament zurückkehren könnten. Auch im Herren-
hause, wo die gewöhnlichen Schwierigkeiten liegen
dürften, wird man vielleicht der Erwägung nachgeben,
daß ein Parteistich nicht unerhört ist und nicht
sonderlich vorthellhaft für die junkerlichen Interessen
zu sein mag.

In Sachen der Vergrößerung Wiens em-
pfing am Montag der Kaiser von Oesterreich
den Bürgermeister und die beiden Vierbürgermeister
von Wien, welche den Dank der Stadt für die Ge-
nehmigung der Vorlage betreffend Groß Wien aus-
sprachen. Wie verlautet, habe der Kaiser hierauf
erwidert, er halte die Vereinigung der Stadt mit
den Vororten für möglich, dieselbe werde hoffentlich
zur geordneten Entwicklung der Stadt beitragen.
Der Kaiser dankte allen, welche an der Vereinigung
mitwirkten, und bräute die Hoffnung aus, alle
würden den Nutzen der Vereinigung erkennen, Friede
und Eintracht werde in die Bevölkerung einkriechen.
Wie aus einer Berliner der russischen Botschaft
nachsehenden Quelle verlautet, werden aus in Berlin
Anregungen gemacht, um durch wohlwollende Vor-
stellungen in St. Petersburg eine milderere eigene
Behandlung der russischen Juden zu er-
wirken. Unter anderen ist es dem Londoner Comité
gelungen, die Prinzessin von Wales und die Königin
von Dänemark für deren Schicksal zu interessieren.
Alein gegenüber der Engherzigkeit, mit welcher der
Jahr an dem einmal eingeschlagenen Wege schließt,
sind alle diese Milderungsversuche definitiv als ge-
scheitert zu betrachten. Wie verlautet, hat die
Kaiserin von Japan's jehwebe Verwendung abgelehnt
und der Prinzessin von Wales empfohlen, nicht mehr
auf diese aus sich zu lösen Gesuche zurückzukommen.

Der „Lankines“ Ferry ist am Sonntag in
einer in Capinal stattfindenden Versammlung mit 354
von 370 St. als Candidat für die Senatorenwahl
aufgestellt worden. Ferry wohnte der Versammlung
bei und hob in seiner Rede hervor, daß Frankreich
eine größere Stabilität der Regierung sowie
Ordnung und Frieden verlange. Was die aus-
wärtige Politik anbetreffend, könne und müsse Frank-
reich, ohne seine großen Pflichten auf dem Con-
tinent unmegehend zu sein und ohne sein Ansehen und
seine Macht in Europa zu verringern, sein colo-
niales Reichthum weiter entwickeln und
Alles thun, um sich seine Kolonialquellen zu sichern.
Ferry sprach sich ferner gegen die Trennung der
Kirche vom Staate sowie gegen eine Revision der
Verfassung aus, der Klerus dürfe nicht beunruhigt
werden durch Jänkereien bei Berathung des Gultus-
budgets, hätten doch auch die Bischöfe des Mittel-
gegens gegenüber ihre Verantwortlichkeit dargelegt.
Das Schulgesetz sei ein für die Republik durchaus
wesentliches und notwendiges Gesetz, es sei unange-
nehm, in diesem Punkte irgend welches Zugeständnis
zu machen, selbst nicht, wenn man damit etwa den
jenigen Konservativen entgegenkommen wolle, die in

die Republik einzutreten wünschten. Ferry forderte schließlich die Wähler auf, ihm Berechtigtheit zu erweisen gegenüber dem Herracismus, dessen Opfer er geworden sei. — Ferry trat als Minister am 30. März 1885 über seine Forderung von weiteren 200 Millionen für Tonin, nachdem gleichzeitig fortgesetzt Nachrichten über die Niederlagen der Franzosen in China einliefen. Es wurde damals allgemein verlangt, Ferry in den Anlagestand zu versetzen. Ein diesbezüglicher Antrag wurde von dem Kammerauschuß nur mit einer Stimme Mehrheit abgelehnt. Jetzt scheint Ferry seine Zeit wieder für gekommen zu halten. Wie weit er sich darin täuscht, bleibt abzuwarten. Epinal ist der alte Wahlkreis Ferrys. — Zu der Ermordung des russischen Generals Seltzerow in Paris wird gemeldet, daß der als Mitschuldige Pabewski verhaftete, später aber wieder freigelassene Mendelsohn, dessen Ausweisung beschlossen war, nach Lyon abgereist ist. Der Deputierte Millard beantragte wegen der Ausweisung Mendelsohns eine Interpellation einzubringen.

Eine Friedensrede hat der König von Italien am Sonntag bei der Ueberreichung der von der Deputiertenkammer und dem Senat an den König gerichteten Adressen gehalten, indem er ausführte, er habe den dringenden Wunsch, daß die Finanzen ohne Erhöhung der Steuern geregelt würden. Daß der europäische Friede gesichert sei, werde zum Wohle Italiens beitragen und die Mitwirkung des Parlaments werde der Regierung die Autorität zur weiteren Erhaltung des Friedens verleihen. — Die italienische Regierung hat Mitteilungen aus Tunis erhalten, welche die auffallende Ansammlung französischer Truppen an der Grenze von Tripolis befähigen. Das Ziel der französischen Bestrebungen scheint die Okkupation gewisser tripolitanischer Grenzgebiete im handelspolitischen Interesse zu sein. — Die Präsesen waren angewiesen, jede Kundgebung am Todestage Oberbants zu verhindern.

In der bulgarischen Sobranje wurde am Sonnabend über die Funktionen von Militärpersonen verhandelt. Die Angelegenheit wurde, da die Anschauungen der Deputierten weit auseinander gingen und ein Teil derselben den Sitzungsfall verließ, schließlich fallen gelassen.

Die Normannen haben nach einem Telegramm aus Kimo im Staate Ohio ein weites Gebiet in Nord-Ohio erworben, wohin sie auswandern wollen, um den ihnen durch die Befehle der Vereinigten Staaten bereiteten Schwierigkeiten aus dem Wege zu gehen.

Deutschland.

Berlin, 23. Dezember. Der Kaiser wohnte am Sonnabend Abend der Vorstellung im Opernhaus und am Sonntag Vormittag dem Gottesdienste in der Dreifaltigkeitskirche bei. Gestern Vormittag begab sich der Kaiser nach einer Spazierfahrt nach dem Reichskanzlerpalais und hatte dort eine längere Unterredung mit dem Reichskanzler. Später empfing der Kaiser den Ministerpräsidenten in Burgberg, Grafen Ballwig. — Die letzten ärztlichen Berichte über das Befinden der Kaiserin besätigen, daß sich die Kaiserin, sowie der neugeborene Prinz eines vollkommenen Wohlbefindens erfreuen.

— Die Branntweinsteuer(novelle) soll nach einem Telegramm, welches die „Weserzeit.“ aus Berlin erhält, die vorgeeschlagene Jollerhöhung für Rum, Arac und Cognac von 180 Mk. enthalten. — Wir glauben kaum, daß der Reichstag in die Jollerhöhung einwilligt. Keinesfalls würde dieselbe aber vor dem 20. Januar in Kraft treten können.

— Die „Kreuzzzeitung“ meint, die Umgestaltung der Einkommensteuer werde sich, wenn sie einmal fertig dasie, „als ein Werk des von den Konservativen und dem Centrum gestützten Finanzministers darstellen“. Wahrscheinlich hat der Finanzminister gegen den wichtigsten Beschluß der konservativ-liberalen Mehrheit der Kommission (die Erhöhung des Maximalsteuersatzes auf 4 Prozent) Einspruch erhoben. Wo bleibt da die Unterföhung?

— Die Strafkammer des Kammergerichts hat anerkannt, daß Berechtigungen auf Grund des § 11 des Preßgesetzes von den beteiligten Behörden oder Personen unterzeichnet sein müssen.

— Zum Konflikt der Konservativen mit der Regierung. Die „konservative Correspondenz“, das anerkannte Organ der konservativen Fraktion, bepricht endlich auch „die Meinungsverschiedenheiten“ in Sachen der Landgemeinordnung. Sie meint, daß jetzt „der Gang der großen Reformen in ein Stadium getreten sei, dessen weitere Entwicklung noch nicht mit Sicherheit abzusehen ist und das unter Umständen weittragende Folgen nach haben kann, wenn es nicht gelingt, die jetzt schärfer hervorgetretenen Gegensätze genügend abzumildern und

ein Hindernis derselben aus die Gebiete der Steuer- und Schulreform zu verhindern“. Es gebe aber auch noch andere Mittel als Auflösung oder Rücktritt des Ministers aus dem vorläufigen Dilemma, da es sich bislang nur um eine verschiedenartige Auffassung von der Zweckmäßigkeit der Mittel und Wege handle. „Daß seitens der Regierung durch Hineintragung einer sich nach den verschiedensten Richtungen als bedenklich anzusehenden ministeriellen Omnipotenz in das Gesetz an Stelle Festhaltung bewährter Selbstverwaltungsorgane das Zustandekommen der Vorlage wesentlich erschwert worden, entbinde die konservative Partei weder von der Pflicht der Förderung des Werkes, noch nimmt sie ihr das Recht, ihren pflichtmäßigen Wünschen den möglichsten Nachdruck zu geben.“ — Das sind alles Phrasen, welche den Kernpunkt des Streites zu verhüllen trachten. In der Einleitung des Artikels wird dem Liberalismus vorgeworfen, daß er sich für die Regierungsvorlage begeistere und ohne weiteres „die wichtigsten Volksrechte preisgebe“. Unter Volk sind hier die 4 oder 5 konservativen Herren in den Kreisaußschüßen zu verstehen, welchen es in die Hand gegeben werden soll, die Entwicklung einer weitlichen Selbstverwaltung in den Landgemeinden niederzuphalten.

— Das Organ des Fürsten Bismarck, die „Hamburger Nachrichten“, möchten die Worte des Ministers Herrfurth so deuten, „daß sie die Absicht der Regierung ausdrücken sollen, die Landgemeindevorordnung eventuell zu vertagen und vor das nächste, ordnungsmäßig zu wählende Abgeordnetenhaus zu bringen, falls mit dem jetzigen kein Einvernehmen zu erzielen sei. Die Reform der Landgemeindevorordnung ist jedenfalls auch für die jetzige Regierung nicht so wichtig, um ihrewegen eine Maßregel zu ergreifen, von der Niemand Bortheil haben würde, als die freisinnige und verwandte Opposition.“ — An dieser Darstellung fehlt eigentlich nur noch, daß die neue Landgemeindevorordnung ein Werk der freisinnigen Partei sei. In demselben Artikel werden die Konservativen gefeiert als ein Hort des Volkes gegen die Krone. Es heißt nämlich in dem Organ des Fürsten Bismarck wörtlich: „Je kräftiger jetzt wieder in Preußen die Macht der Krone, die persönliche Macht und der persönliche Wille des Monarchen, (hoc volo, sic jubeo) zum Ausdruck gebracht wird, desto weniger ist der Konservatismus, der sich den Zeitaufgaben nicht verschließt, zu entbehren.“ Zugleich wird in dem Artikel angedeutet, daß „in dem ursprünglichen Entwurfe der Landgemeindevorordnung Bestimmungen enthalten gewesen sein sollen, welche sich, wenn auch nicht ganz, so doch recht bedeutend den Ansichten der Konservativen näherten“. — Auch die „Nationalzeitung“ erblidet in dem Artikel der „Hamburger Nachrichten“ eine Segnerchaft des Fürsten Bismarck gegen die Landgemeindevorordnung. Durch Vertagungen hätten die Interessenten des communalen Nittergutsbesitzes jetzt gerade 80 Jahre lang die Begründung entwicklungsfähiger Gemeinden auf dem platten Lande des Ostens verhindert. Nach der geschichtlichen Entwicklung in Preußen ist die Parteinahme auch des Linksliberalismus für eine solche Reformvorlage so selbstverständlich, daß daraus an sich weitgehende Folgerungen aus parteipolitischen Zwecken nicht zu ziehen sind: so lange es eine preussische Volksvertretung gibt, haben in ihr alle Liberalen, von der äußersten Rechten des Liberalismus bis zur Demokratie, eine Gemeindevorordnung für das platte Land des Ostens verlangt. Die „Nationalzeitung“ empfindet auch kein „Gruseln“ bei dem Gedanken, daß bemächigt im preussischen Abgeordnetenhaus eine Anzahl konservativer weniger, eine Anzahl Liberaler — darunter auch Deutsch-Freisinnige — wehr sitzen könnten als gegenwärtig.

— (Die Landgemeindevorordnung und die Herren Landräthe.) Aus dem Kreise Orlau schreibt man: In der am 19. d. in Orlau abgehaltenen Kreisrats-Sitzung wurde bei der Vorlage über die Gemeindevorordnung eines Chauffeebaunetzes von einem Mitgliede geltend gemacht, daß angesichts der bevorstehenden Landgemeindevorordnung es noch nicht angebracht wäre, über eine so große Mittel erfordernde Anlage schlüssig zu werden, und daß aus diesem Grunde eventuell Vertagung dieser Vorlage angezeigt wäre. Daraufhin erklärte Herr Landrath von Buttler (bestimmlich ein Sohn des verstorbenen Ministers), es sei sehr zweifelhaft, ob diese Landgemeindevorordnung durchgehen würde, er halte sie überhaupt für überflüssig.

— Zur Naturgeschichte des großen Unfugs haben das Schöffengericht in Rakatt und die Strafkammer in Karlsruhe einen neuen Beitrag geliefert. Ein sozialistischer Agitator Eug in Baden-Baden ist wegen großen Unfugs mit 25 Mk. bestraft, weil er am 10. August d. J. auf das Grab der in Rakatt handrechtlich erschossenen „49er“ einen Kranz mit der Widmung legte: „Den Opfern der Willkür und des Unrechts, den Kämpfern für Freiheit und

Recht, den Toten die Lebenden“. Das Schöffengericht begründete das Urteil damit, daß nicht die Widmung an sich, sondern die begleitenden Umstände Aufregung verursachen und in die Massen tragen konnten. In der Berufungsinanz machte Rechtsanwalt Weill geltend, daß der Erschossene aus den Jahren 48 und 49 in mehreren Orten des Landes alljährlich Kränze gewidmet wurden und niemals sei das bestraf worden, noch habe es Aufregung veranlaßt. Die Strafkammer aber befähigte das Urteil erster Instanz, weil die Handlung lediglich als sozialdemokratische Demonstration gegen die bestehende Ordnung zu betrachten und wohl geeignet sei, Aufregung und Bitterkeit zu erzeugen und in die Massen zu tragen. Daß diese Absicht vorlag, sei daraus zu schließen, daß auf dem Tag eine sozialistische Versammlung aus verschiedenen Theilen des Landes eingeleitet war, in welcher über wichtige Fragen der Partei beraten werden sollte.

— (Sozialdemokratische Agitation.) Auf Veranlassung des Ministeriums des Innern finden in allen Provinzen amtliche Erhebungen über das Auftreten sozialdemokratischer Wanderapostel statt. Anstehend will die Behörde an der Hand statistischer Nachweise ein genaues Bild von dieser Agitation auf dem flachen Lande gewinnen. — Am 1. Januar soll das auf dem sozialdemokratischen Parteitag in Halle beschlossene polnische Arbeiterblatt ins Leben treten; dasselbe wird den Namen „Gazeta Robotnicza“ führen und zunächst einmal wöchentlich erscheinen.

Volkswirtschaftliches.

— (Einem englischen Werk hat Minister Maybach den Zuschlag bei einer Schienensubmission nach dem Vorgang der bayerischen Staatsbahnverwaltung erteilt und zwar an Boldau Banghan & Co. zum Preise von 139,80 franko Magdeburg. Der „Ironmonger“ bemerkt dazu, der Preis sei noch nicht genau bekannt, betrage aber jedenfalls mehr als 147. 4. 17. 6. a. o. b. Mittheilungsbureau, hierüber geht der von dem Correspondenten der „Frankfurter Zeitung“ gemeldete Preis von 139,50 Magdeburg wesentlich hinaus. Wenn man davon für den Zoll Mk. 25, für die Fracht bis Magdeburg Mk. 10 abrechnet, so bleiben zum jetzigen Wechselkurs etwa 147. 5. 3. 3. Die vorwöchigen Notierungen englischer Schienen betragen 5.5 à 5.10; die englische Firma hat also keiner besonderen Anstrengung bedurft, um die deutschen Offerten zu unterbieten.

— (Zur Ein- und Ausfuhrstatistik werden künftig aus einem von dem Centralverband deutscher Industrieller geäußerten Wunsch über die Hauptwaarenengattungen Uebersichten zur Veröffentlichung gelangen, welche den Vergleich zwischen einer Reihe von Jahren ermöglichen. Dergestalt sollen Nachweisungen derjenigen einzelnen Waarenengattungen, welche für den Verkehr mit den verschiedenen Staaten des Auslandes von besonderer Bedeutung sind, unter Nebeneinanderstellung der Einzelergebnisse aus den Jahren 1880 bis 1889 nach Menge und Werth zum Sonderabdruck gelangen, und zwar in nacheinander folgenden Heften, in welchen Einfuhr und Ausfuhr eines jeden Landes vereint dargestellt werden.)

— (Auf Veranlassung des Ministers für Handel und Gewerbe, Freiherrn v. Berlepsch, ist gegenwärtig in Berlin eine Anzahl hoher Beamter aus der Verwaltung der Staatsbergwerke zu Befragungen versammelt, welche namentlich die Wohlfahrts-einrichtungen in den staatlichen Betrieben, die bekanntlich in jeder Richtung Musteranstalten sein sollen, zum Gegenstande haben. Hierbei würde voraussichtlich auch das Material berücksichtigt werden, welches von den vergangenen Sommer nach England geschickten Staatcommissaren über gemeinnützige und wohlthätige Anstalten in den dortigen Grubenbezirken gesammelt worden ist.)

— (Zu den deutsch-österreichischen Verhandlungen über den ungarische Handelsminister Baros in Wien eingetroffen. — Im österreichischen Abgeordnetenhaus haben der Abgeordnete Doeg und Genossen den Antrag eingebracht, die Regierung aufzufordern, bei den Verhandlungen auf die Befreiung der deutschen landwirtschaftlichen Zölle und auf die thunlichste Beschränkung der russischen und der rumänischen Vieheinfuhr, hingegen auf die möglichste Begünstigung der Vieheinfuhr nach Deutschland und der Schweiz hinzuwirken.)

— (Ueber die Lage der Eber im Eulengebirge, insbesondere deren Zahl, Alter und Erwerbsquellen, sind die Landräthe der Kreise Schweidnitz und Reichenbach höheren Orts aufgefordert worden, schleunigst Ermittlungen anzustellen.)

— (Wie die „Nat.-Ztg.“ hört, haben die preussischen Staatseisenbahnen im November einen Ausfall in den Einnahmen zu verzeichnen, der im Güterverkehr angeblich etwa 1,8 Millionen Mk. beträgt.)

Im Weihnachts-Ausverkauf

empfehle große Auswahl in Fantasie- und Vollwaaren, seidnen, wollenen und baumwoll. Tüchern, wachähten und schwarzen Schürzen in allen Größen, Barchenthenden und Zaden, Unterhosen und Jagdwesten in allen Größen u. f. w.; ferner reinwoll. und Halb-lamas, Planelles und Kerntöpers, gestreift und glatt, Hemden- und Zadenberchenten u. f. w.

zu Ausverkaufspreisen!

Einem jeden gute Hand- und Wischtücher gebe, um damit zu räumen, zum Einkaufspreise ab.

Kleine Restchen zu Puppenkleidern sehr billig. Schenertücher à Stück 15 Pf.

E. Kindmann (Firma E. Mader Ww.).

Windberg 7. Windberg 7.

Cigarren,
gut abgelagert,
v. 3 Stk. für 10 Pf. bis 2 Stk. 15 Pf.,
Cigarrenspitzen,
Tabakspfeifen,
Rauch- und Kautabak
empfehle
E. Hohl,
Neumarkt 52.

Formulare
zur Invaliditäts-
und Altersversicherung
hält vorrätig
Th. Rössner, Buchbinderel,
Delarube Nr. 5.

Heute
frische hausbackene Bure!
Otto Zachow.

Garger Sauerbrunnen Goslar
20 Fl. 3 Mark,
Selterwasser, eig. Fabrikat,
35 Fl. 3 Mark
empfehle **Heinr. Schultze jun.**

Ein großer Trockenboden
Recht zur gef. Benutzung
Delgrube Nr. 5.

Magdeburger Sauerfohl,
fr. im Geschmack, sowie alle Sorten
Hülsenfrüchte,
neu und gut lodend, offerirt preiswerth
Hch. Lang.

Wichtig für alle Mütter!
Gebrüder Gehrig's
ächte Zahnhalsbänder
bewährt seit 40 Jahren Kindern das
Jahnen zu erleichtern sowie Unruhe und
Zahnkämpfe fern zu halten, sind ächt
zu haben à 1 Mf. bei Gebr. Gehrig,
Berlin SW., Besselftr. 16.
In Merseburg ächt zu haben in
beiden Apotheken.

Christbaum-Gebäd
vor mittem Teig, zum Genuss für Kinder
besser als jedes andere Confect, empfehle
à 8 Pf. 80 Pf.

Robert Heyne,
Sömalestraße 14.
ff. Margarine,
Schweinesfett,
Pflanzenmus,
Syrup,
Sauerkraut,
saure Gurken,
Sarkfäse
empfehle
E. Hohl.

Unentgeltlich
von Zahnung, 4. Stellung
von Zahnflucht, mit auch
ohne Vorwissen, R. Falken-
berg, Berlin, Dronen-Strasse 173. - Bitte
Saubere aus gerichtlich. gepr. Dankschreiben,
sowie eiblich erkärtete Zeugnisse. (G 10000)

Echte Hamburger Lederhosen
in der

Kleinen Ritterstraße 13.
Max Plaut, Lederhandlung.

Bestellungen auf Christstollen

in jeder Qualität
werden prompt und billigt be-
sorgt.

Albert Büchenschuss.
Halleische Str. 13. Al. Ritterstr. 13.

Unterhosen für Männer, von 1 Mf. an
Barchenthenden, große von 1 Mf. an
Strickweifen zu Ausverkaufspreisen,
Blauweifen in unübertroffen Waare,
echt indigoblau selbstgefärbt,
blau Schürzen, genäht u. ungenäht,
sowie die Restbestände in Bettzeug,
Gablama zc. zu unübertroffen billigen
Preisen in

Max Wirths Färberei.

Pferde zum Schlachten
kauft stets und zahlt die höchsten
Preise die Rosschlächtereie von
R. Ebeling in Merseburg.
Eaulstraße Nr. 13.
Depefchen werden vergütet.

Alle Sorten Honigkuchen
(Rabatt wie in Halle),
Nürnberg braune und
weisse Lebkuchen,
Macronen-Kuchen,
Chocoladen-Kuchen,
Nusskuchen,
alle Sorten Baum-Confect
zu verschiedenen Preisen
empfehle
Albert Büchenschuss,
Halleische Str. 13. Al. Ritterstr. 13.

Böllberger Mehl-Verkauf
Rossmarkt (Stadthauptwage).
Mühlensfabrikate und
Futterartikel zu Mählenpreisen.
Kaiser-Auszug gr. Mäge 139 Pf.,
Weizenmehl 00 " 124 "
Roggenmehl " 108 "
Bei größeren Posten bedeutend billiger.
Lieferung frei ins Haus. Reich Ziefede.

Pfannenkuchen
und Spritzkuchen,
bester Qualität, täglich frisch, em-
pfehle
G. Schönberger,
Gottwardtstr.

Sophas
v. 12 1/2 Eht. an, Sopha-
getische v. 4 Eht. an,
Lohn u. Schlafstühle,
Bettstelle mit Matrage
v. 12 1/2 Eht. an, Clavierstieffel, Faulenzen,
für Fußtrante zu empfehlen, Fußbänken u.
Fußstößen stets vorrätig bei
Otto Bernhardt, Markt 26.

Für Mütter!
In der gefahrvollen Zeit des Jah-
nens der Kinder sind nur allein die
von Gebrüder Gehrig, Hoflieferanten
und Apotheker 1. Klasse in Berlin,
Besselftr. 16, erfundenen elektrimoto-
rischen Zahnhalsbänder à Stück
1 Mf., das einzige bewährte Mittel,
Kindern das Jahnen leicht und schmerz-
los zu befördern, sowie Unruhe und
Zahnkämpfe fern zu halten.
In Merseburg ächt zu haben in
der Stadtapothete.

Für Fleischbeschauer
hält die gesetzlich vorgeschriebenen Formulare
stets vorrätig die Buchbinderel von
Th. Rössner, Delgrube 5.

Einem hochverehrten consumirenden Publikum
von Merseburg die ergebene Anzeige, daß die neu
erbante Dampfmolkerei zu Niederelobica u in
diesen Tagen in Betrieb gesetzt worden ist. Die
Molkerei ist mit den neuesten Maschinen und Ent-
rahmungs-Apparaten versehen und betreffs der
Räume kann sie, was Zweckmäßigkeit und Sauber-
keit anbelangt, als ein Muster gelten. Unsere
Butter steht, was Qualität anbetrifft, unerreicht
und ohne Concurrenz da.

Um unser Produkt im saubersten und tadel-
losen Zustande den verehrten Consumenten zuzu-
führen, werden wir weder den Markt bescheiden,
noch mit unserer Waare haufiren lassen, sondern
haben den Alleinverkauf für Merseburg

Herrn Fritz Schanze,
fl. Ritterstraße 15 (vis à vis der Reichskrone),
übertragen.

Unsere Butter ist in der Molkerei in halbe
Pfundstücke ausgeschlagen und mit unserer Firma
versehen. Hochachtungsvoll
Molkereigenossenschaft Niederelobica u.
Neubarth, Wünschendorf.



Ein großer Transport
Ardenner und
dänischer Pferde

ist wieder eingetroffen.
Gebr. Strehl,
Merseburg, Neumarkt.

Fritz Schanze,
Delikatessen-, feine Fleischwaaren- u. Butterhandlung,
fl. Ritterstr. 15, Merseburg, fl. Ritterstr. 15,

empfehle in frischer vorzüglicher Güte:
Strassburger Gänseleber-Pasteten zu
billigen Preisen, Gänsebrüffel-Leberwurst,
Rügenwalder Gänsebrust (nicht Fett), echte
Frankfurter Würstchen, rohen und ge-
kochten Schinken, LachsSchinken, Sülze
von Kalb, russischen Salat, Westfäli-
schen Pumpernickel. Sämtliche Braun-
schweiger feine Fleisch- und Wurstwaaren,
sowie Gemüse-Conserven in Büchsen, Spargel
vorzüglich.

Fromage de Brie, de Roquefort, Ca-
membert-, Parmesan-, holländer Rahm-
Kräuter-, Ramadan- und echten Limburger
Käse, Schweizerkäse (vollsaftig), sowie Soldiner,
thüringer Kümmel- und Harzkäschen.

Feinste frz. Compottfrüchte in Gläsern,
holländischen Cacao, sowie verschiedene Sorten
Ungarweine.

Reine Naturbutter zum Kuchenbacken.
Präsentskörbchen, als Stilleben und
auch mit Conerven gefüllt.
Frühstückskörbchen werden nach Wunsch
zusammengestellt.

Aufträge in Ausschmittschüsseln werden auf das Sauberste
und Geschmackvollste ausgeführt.
Fritz Schanze.

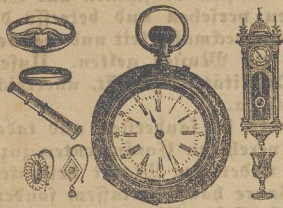
Öffentliche Volks-Versammlung
in der Kaiser Wilhelm-Halle
Donnerstag (1. Feiertag) Nachmittag 3 1/2 Uhr.
Tagesordnung: 1) Des Alters- und Invaliden-Versicherungs-Gesetz.
2) Beschäftigung, 3) Beschäftigung.
Referent: Otto Wittag. D. E.

Weihnachtsausverkauf zu bedeutend ermäßigten Preisen.

Kl. Ritterstr. 17.

P. Weide

Kl. Ritterstr. 17.



empfehle große Auswahl gold. Herren- und Damenuhren mit neuen reizenden Decorationen, in Silber, Nickel und Neusilber, mit und ohne Schlüsselzug.
Standuhren in filigranten Holz- u. Metallgehäusen, Regulatoren, Wecker u. Wanduhren.
 Sämmtliche Uhren sind gut abgezogen und liefern dieselben in ersten Qualitäten unter

reeller 3jähriger Garantie.

Billigste Bezugsquelle aller Arten Schmuckwaaren.

Wahre Türkisen, Rubinen, Amethysten, Granaten, Korallen, Smalt etc. in Gold- und Silberfassung.
 Größtes Lager Herren- und Damenketten in Gold, Silber, Gold mit Silberneilage, Stahl, Nickel und Stahl in neuesten Mustern zu außerordentlich billigen Preisen.

Reparaturen prompt und billig unter Garantie.

Special-Geschäft für Cigarren und Tabak.

Heinr. Schultze jun.,

Special-Geschäft für Cigarren und Tabak.

Merseburg, Kleine Ritterstraße 18.

Größtes Auswahl-Lager von Cigarren, Cigarretten und Tabaken

in gut abgelagerter Waare zu streng realen billigsten Preisen.

Verband nach allen Orten franco.

100 Stück Cigarren schon von 2,50 Mk. an

bis zu den feinsten Qualitäten.

Für Raucher das angenehmste Weihnachtsgeschenk.

Ed. Klauss,



empfeilt

Merseburg,



Direkter Versandt waggonweise zu billigsten Werkpreisen, sowie Lieferung in Fuhrn und kleinen Posten frei Haus.

Bei Käufen, Empfehlungen und Stellenangeboten etc. wende man sich an das Angerger-Geschäft von

Rudolf Mosse, Halle, Brüderstrasse 6.

welche die wirksamsten Blätter unentgeltlich nachweist, beste Fassung und anfallende Besondereleistungen des Anzeigen, sowie Uebermittlung des Angebots übernimmt.
 Leipzig 101, Galie-Plan-Beizg.

Bei Käufen, Empfehlungen und Stellenangeboten etc. wende man sich an das Angerger-Geschäft von

Anker-Cacao

ist seines großen Nährwertes und vorzüglichen Geschmacks wegen in den weitesten Kreisen rühmlichst bekannt. Jede Dose ist mit der bekannten Marke 'Anker' versehen. — Nicht minder beliebt ist die

Anker-Chocolade, welche sich durch höchsten Geschmack vorzüglich auszeichnet. 1/2 Kilo von Mk. 1.20 an. Vorrätig in den besten Niederlagen.

F. Ad. Richter & Cie.
 H. S. Postenamt

Hudolfstadt, Nürnberg, Wien, Rotterdam, Oden, London E.C., New York.

Gänzlicher Ausverkauf.
 Wegen Aufgabe meines Geschäftes verkaufe ich sämtliche vorhandenen Waarenvorräte zu enorm billigen Preisen aus.
W. Lendrich,
 Oelgrube 20.

Ein wahrer Schatz
 für die unglücklichen Opfer der Selbstbeschränkung (Cannie) u. geheimen Raucherkrankungen ist das berühmte Werk:

Dr. Retan's Selbstbewahrung
 80. Aufl. Vert. 27 Abbild. Preis 5 Mark.
 Jede es Leber, der an den schrecklichen Folgen dieses Raucherleidet, seine aufrichtigen Beziehungen retten jährlich Tausende von ihrem Tode. Zu beziehen durch das Verlags-Magazin in Leipzig, Neumarkt 34, sowie durch jede Buchhandlung.

Das Schuhwaaren-Lager von A. Leber,
 Nr. 10 Neumarkt Nr. 10,

empfeilt zum bevorstehenden Weihnachtsfeste sein reichsortirtes Schuh- und Stiefel-Lager in allen Sortiments von den Feinsten bis zu den Gewöhnlichsten zu den billigsten Preisen. Großes Lager in Filzschuhen und -Pantoffeln, große Auswahl in Ballschuhen und Rosetten in neuesten Mustern zu den solidesten Preisen. Umtausch gern gestattet. Bestellungen nach Maß werden prompt und sauber ausgeführt.
D. O.

H. Vothheringe,
 sowie täglich frisch:
marinierte Heringe, geräucherte Heringe
 empfiehlt
Hdy. Lang.

Formulare zu Zoll-Inhaltsserklärungen,
 für Postsendungen nach dem Auslande, hält vorräthig die Buchdruckerei von
Th. Rössner, Delgrube Nr. 5
 Hierzu eine Beilage.

Volkswirtschaftliches.

*) Russische Zölle. Die russische Zolltarif-commission hat am Freitag ihre Arbeiten beendet. Dieselbe nahm die Erhöhung des Zolles auf landwirtschaftliche Maschinen und Geräte von 50 auf 70 Kopelen pro Rub an.

*) Die Einfuhr lebender Schweine und Kinder aus Italien hat das beunruhigendste Staatsministerium nach der Stadt Braunschweig unter der Bedingung gestattet, daß ein Ursprungsattest beigelegt ist, eine thierärztliche Untersuchung an der Grenzengangsstelle stattfindet und bei der Ankunft in Braunschweig die sofortige Abschlagung im Schlachthaus vorgenommen werde.

Provinz und Umgegend.

† Am Morgen des 1. Aug. wurde im Thiergarten bei Leipzig der Arbeiter Richard v. Monckberg mit zerflogenen Schidel tödt aufgefunden. Alle Anzeichen sprachen für einen Mord, was bald wurden die Thäter ermittelt. Gegen dieselben wurde in der Sonntagsabends-Sitzung des Schourgenichts zu Rumburg verhandelt. Es sind der Fabrikarbeiter Julius Grote, dessen Ehefrau geb. Kamegischer, sowie deren 15jährige Tochter Lisa Grote, sämmtlich aus Zeitz. Die Verhandlung wurde unter Ausschluß der Öffentlichkeit geführt. Des Urtheils lautete gegen Grote und seine Ehefrau auf schuldig der Körperletzung mit tödtlichem Erfolge, dem Gemann wurden mildernde Umstände bemittelt und er hingenommt zu 1 Jahre Gefängnis, die Frau zu 5 Jahren Zuchthaus (beamtet waren 8 Jahre) verurtheilt, die Tochter freigesprochen.

† Gegen einen Halleischen Hausbesitzer war von seinem Richter, einem Restaurateur, eine Schadenersatzklage angehängt, weil ihm in Folge ungenügender Anlage der Kellerkammer Weissen im Verlage von so und so viel Maas verloren seien. Nicht geringe Heiterkeit erregte es nun, als der Angeklagte im Termin vor Gericht mit triumphirender Miene ein Zeitungsblatt hervorholte und lächelnd bemerkte: Der Keller soll schlecht sein? Vorzüglichlich der Keller! Gestatten Sie, daß ich zum Beweise eine vom Richter selbst erlassene Annonce verlese: „R. v. d. Restaurat., R. Schöneböde Damenbedienung. Küche und Keller vorzüglichlich!“ Ich habe zu meine Vertheidigung dem wahren mehr hinzu zufügen.

† Alles schon dawegesen,“ sagt Ven. Klida; daß aber Diebe in aller Form gemeldet werden, dürfte doch zu den Seltenheiten gehören. Da in Städten und Umgegend in letzter Zeit öfter Diebstahlvorfälle vorgekommen waren, legte sich ein Besitzer mehrerer solcher Weinstockbäume, den eine anonyme diebstahlige Warnung zugegangen war, in einer der letzten Nächte bis gegen 12 Uhr auf die Lauer, um den Spitzelbuben abzufassen. Doch vergeblich nichts rührte sich. In dem Glauben an grundlose Spitzelscherezei legt man sich schließlich zu Bett, mer beschreit aber den Schwaden, als am anderen Morgen wirklich zwei Gänse schliefen. Doch war der Verlust eben bemerkt, als auch schon die getraubten Thiere dem Besitzer zugeführt wurden. Dem Besitzergem. B. und dem Wächter K. war es nämlich gelungen, mit Hilfe des Verträgers die getraubten Thiere ausfindig zu machen. Als Thäter wird ein mit den Verhältnissen bekannter Schm. aus Gausburg genannt, der aber weder aus seinem Versteck entkommen ist.

Localsachricht u.

Merseburg, den 24. Dezember 1890.

** Der hiesige Bezirks-Ausschuß hat beschlossen, den Beginn der Schonzeit für Wachteln, Hasen, Quere, Birz- und Fasanezhennen, sowie Haselwäld auf den 18. Januar 1891 mit der Maßgabe festzusetzen, daß an diesem Tage die Jagd nicht mehr ausgeübt werden darf.

** Im Stadttheater zu Halle a/S. gelangt an den beiden Weihnachtsfesttagen das einstudierende Ballet „Meißner Porzellan“ zum ersten Male bei halben Preisen an den Nachmittagen als Fremden-Vorstellung zur Aufführung. Die Anziehungskraft von „Meißner Porzellan“ ist nach wie vor eine außerordentliche. In der Aufführung der großen Oper „Die Africanerin“, welche am ersten Feiertag Abend in Scene geht, singt Fel. Prosky die Titelrolle, Herr Demuth den Reluso und Herr Stöben den Balco de Cama. Die Operette „Don Cesar“, welche am Abend des zweiten Feiertages zum ersten Male im neuen Theater zur Aufführung gelangt, wird Fel. Bickner die Mariana, Fel. Buttsgardt den Pueblo, Herr Schumacher den Don Cesar und der beliebte Komiker Herr Doh den Donofrio singen, während Frau Friedau die Uracca vertritt. Für die aus-

wärtigen Theaterbesucher empfiehlt es sich, die gewünschten Billets vorher schriftlich bei der Theaterkasse zu bestellen. Im Krieg im Frieden“ spielt Herr Rüder den Heinkel und Herr Friedrich den General von Sonnenfels in der Vorstellung am nächsten Sonnabend.

** In den ersten Tagen des kommenden Monats werden in Magdeburg die Vertreter der Städte unserer Provinz zusammenkommen, um ihre Meinungen auszutauschen über die Einwirkung der zur Zeit dem Landtage vorliegenden Reformgesetze auf die Stadtverwaltungen. Unter dem Vorsitze des Oberbürgermeisters von Magdeburg, Hrn. Böttcher, wird das Referat vom Oberbürgermeister von Halle, Hrn. Staube, und das Correferat vom ersten Bürgermeister Hahn-Korbsauer erstattet werden. Die Besorgnisse, mit denen unsere Stadtverwaltungen, und namentlich diejenigen der mittleren und kleineren Städte, dem Gange der Verhandlungen über jene Gesetze im Landtage folgen, gipfeln darin, daß der durch die Herabsetzungen bei den mittleren und den unteren Stufen der Einkommensteuer entstehende Ausfall durch die Mehreinnahme infolge der Declarationspflicht in vorerst noch ganz ungewisser Weise gedeckt scheint, daß die Zuweisungen aus der Grund- und Gebäudefsteuer nicht sofort mit dem Einkommensteuergesetze, sondern erst dann in Kraft treten sollen, wenn der Staat die Einkünfte des letzteren zu übersehen vermag, und daß das Schulgesetz für den Augenblick auch keine finanzielle Erleichterung für die Stadtverwaltungen in sich schließt, weil der letzteren der Ausfall bei den Enträgen der Taxaene gegenübersteht, den der Staat zu Schulbauzwecken an bedürftige Gemeinden von vornherein einbehält, von dem aber wohl schwerlich etwas Resensverthes den Städten zu Theil werden wird.

Aus den Kreisen Merseburg u. Querfurt.

*) Querfurt, 21. Dezember. Der jüngst hatgehabte Kreisstag hat beschlossen, vom 1. April 1891 ab den Kleinrentenbesitzern zu Branteroda, Rothenschönbach, Querfurt, Kebra und Laucha jährlich 400 Maas zuzuwenden. — An Prämien für Wegebauern, und zwar für die Weidwirthlichen Restaurate der Strafe, Weidwirthlichen Wäldern, Jöbigher, für die Strafe Bottenorf, Schönwerda, für die Strafe Kleinsangen, für die Strafe von Kleinrichthaus nach der Querfurter-Kreuzer Provinzial-Casse und für die Strafen von Kopsleben bis zur Laubstrübe bei Wendelsheim wurden insgesamt 183 156/34 M. bewilligt.

*) Freyburg, 18. Dezbr. In der gestrigen Hauptversammlung der Actionäre der „Freyburger Mühlenerwerke H. Ginge & Co.“ gedachte der Vorsitzende des Aufsichtsrathes, Herr Commissionär Sach, zunächst des verstorbenen Mitglieds desselben, Herrn Hof-Freyburg, dessen Andenken die Anwesenden durch Erheben von ihrer Plätzen ehrten. Der Geschäftsbericht des präsidialen hiesigen Gesellschafters G. Ginge konnte leider keine Dividende für den ersten Geschäftsjahreschnitt der Gesellschaft (1. Dezbr. 1889 bis 1. Juli 1890) nachweisen, weil dies die Zeit der Bekämpfung des Weizenbaues und der Einführung war, aber doch eine stätige gütliche Entwidlung konstataren, welche für das laufende Geschäftsjahr einen guten Ertrag in Aussicht stellt. Ein am 1. Januar 1891 auszuführender Halbjahresabschluss wird an diese Zeit veröffentlicht werden. Ankauf des ausgegebenen Herrn v. Hellberff-Jingst und des verstorbenen Herrn Hof wurde Herr Fabrikbesitzer F. F. Knabe und Herr General-Agent Seiler, Halle in den Aufsichtsrath gewählt. Beide Herren nahmen die Wahl an. Nach bildete sich eine Vereinigung zur Uebernahme derjenigen Actien, welche der persönlich haftende Geschäftsführer außer seiner Einlage noch besitzt.

*) In Sach verunglückte dieser Tage der Landwirth Lautenschläger, indem er mit einer Leiter von der Wand abglitt und sich mehrfache Quetschungen des Körpers und namentlich eine Auswulstung des rechten Armes zuzog, welche seine Ueberführung in die Universitätsklinik zu Halle nothwendig machten. Der Steinbrecher Hermann Seidler in Untersargstädt hat sich am 18. d. in einem Steinbruche durch einen Sprengschuß schwere Verletzungen, insbesondere auch an den Augen, zugezogen, welche seine sofortige Unterbringung in die königliche Universitätsklinik zu Halle a/S. erheischten.

Chronik des Arztes von 1850/71.

24. Dezember. General-Feldherzog verfuhr zur Dedung seines Wundes mehrere Offiziere, welche alle sämmtlich von den deutschen Truppen abgefallen waren.

Stadtverordneten-Sitzung.

Merseburg, 22. Dezember. Die Versammlung tritt sofort nach der Eröffnung in ihre Tagesordnung ein, die wie folgt erledigt wird.

1) Einführung des Stadtverordneten Herrn Kanzleirath Wolny als unbesoldeter Stadtrath. Nachdem Herr Wolny den vorgeschriebenen Eid geleistet, drückt Herr Bürgermeister Keinefarth seine Freude aus, dem Magistrat ein so geschäftsfundiges und geschäftsgewandtes Mitglied gewonnen zu sehen, und der Vorsitzende Herr Professor Witte gedenkt insbesondere der treuen Dienste, welche der Gewählte bereits seit langen Jahren der städtischen Verwaltung gewidmet hat. Herr Stadtrath Wolny verspricht, auch in seinem neuen Amte alle seine Pflichten gewissenhaft zu erfüllen.

2) Ueberlassung der im Rathhause disponiblen Räume an den Herrn Landesdirector als Bureau u. Räume während des Erweiterungsbau der Provinz für die Alters- und Invaliditäts-Versicherung-Anstalt. Referent Stadtr. Grauf führt aus, daß es sich bei der unentgeltlichen Ueberlassung der genannten Räume an die Provinzial-Verwaltung nur um eine formelle Sanctionierung des seiner Zeit in geheimer Sitzung vorbereiteten Planes handle, und beantragt deshalb die Zustimmung der Versammlung. Diese wird auch ohne jede Debatte ertheilt.

3) Bewilligung der Kosten zur Ausführung des Ehrenbürgerbriefs für den Grafen von Moltke. Referent Stadtr. Hartung berichtet, daß die Commission sich auf Grund der an betreffenden Stelle gepflogenen Unterhandlungen schließig gemacht habe, die Bewilligung einer Summe von 1100 M. zu dem erwähnten Zwecke zu beantragen und zugleich vorzuschlagen, daß dieselbe auf den Titel „Unvorhergesehene Ausgaben“ gesetzt werde. Die Versammlung ist damit einverstanden.

4) Wahl einer gemischten Commission zur Vorberathung der Frage wegen Ueberlassung von städtischem Terrain zur Erweiterung des Schießlandes. Referent Stadtr. Herbers giebt in der Hauptsache folgenden Bericht über die Angelegenheit: Die Militär-Verwaltung hat um kostenlose Ueberlassung eines größeren Schießlandes nachgesucht, und der Magistrat will zu dem Behufe des bisherigen Schießlandes hinter dem Pulverturme von 320 m auf 600 m verlängern und daneben noch einen kleineren in der Länge von 250 m zur Verfügung stellen. Das davon eventuell berührte Terrain, etwas über 4 Morgen, ist städtisches Eigenthum und zur Zeit verpachtet, so daß eine Kündigung nöthig wäre. Die Deconomie-Deputation hat gegen den Plan kein Bedenken erhoben und nur den Wunsch ausgesprochen, daß der ebenfalls teilweise in Anspruch genommene Promadenweg nach dem Feldschützen anderweitig hergestellt und das von jenen 4 Morgen übrig bleibende Terrain mit Obstbäumen bepflanzt werde. Aus der Mitte der Versammlung verlangt Niemand das Wort und so wird zur Wahl der Commission Mitglieder geschritten und als solche die Stadtverordneten Brenhardt, Herbers, Hoffmann, Lindenhein und Richter ernannt.

5) Revision der städtischen Spritzen. Die Kreisverwaltung will, wie Referent Stadtr. Meißer mittheilt, die Spritzen des Kreises auf ihre Kosten durch einen bestimmten Techniker in regelmäßigen Zwischenräumen revidiren lassen, giebt aber den Städten anheim, die bezügl. der eigenen Spritzen selbst zu thun und offerirt ihnen dafür eine Entschädigung von 3 M. pro Stück. Der Magistrat ist damit einverstanden und der Referent empfiehlt gleichfalls die Annahme des Vorschlags, durch welchen der Feuerwehrrath ein erwinlichter Zuschuß gewährt wird, ohne bei der bereits bestehenden Organisation des Löschwesens neue Kosten zu erfordern. Die Versammlung tritt dem Antrage bei.

6) Abänderung des Beobachtungplanes der Altenburg, insbesondere der Strafe an der Thiergartenmauer entlang. Die Deputation hat sich für Aufhebung der einschlägigen Festsetzungen des Planes ausgesprochen, weil dieselben mit unverhältnismäßig hohen Ausgaben verbunden sind, und die Versammlung stimmt ihr auf Antrag des Referenten Stadtr. Richter beizustimmen.

7) Verpachtung der angekauften Feldpläne an der Friedrichstraße hinter der verlängerten Annenstraße. Die betr. Pachtrträge werden auf Empfehlung des Referenten ohne Ankauf genehmigt.

8) Erwerbung des Brauereibesitzer Leonhardt'schen Grundstücks. Ref. Stadtr. Grube theilt mit, daß die Provinzial-Verwaltung den Gedanken einer Erweiterung des Stadhäuses nach der Seite der Eisenstraße fallen gelassen und sich für die Offerte der Stadt, das Leonhardt'sche

Grundstück anzukaufen und ihr zur Bebauung kostenlos zu überlassen, entschieden habe. Der Magistrat sei deshalb mit Herrn Leonhardt einen Vertrag eingegangen, nach welchem dieser sein Grundstück zum Preise von 95 000 Mk. der Stadt kosten- und lastenfrei abtrete. Die genannte Summe würde aus der Sparkasse entnommen und mit 3 Prozent verzinst und mit 1/2 Prozent amortisiert werden. Nachträglich sei nun Herr Leonhardt auf dem Magistrats-Bureau erschienen und habe den Wunsch zu Protokoll gegeben, daß die Stadt zugleich die auf dem Grundstück ruhende Verpflichtung zur Miunterhaltung des städtischen Wasserwerks übernehme und außerdem den zu niedrig bemessenen Kaufpreis auf 100 000 Mk. erhöhe. Die Entscheidung über die letzte Forderung stelle der Magistrat der Versammlung anheim, befürworten könne er dieselbe nicht; die eine jährliche Ausgabe von etwa 60 Mk. repräsentierende Verpflichtung zur Miunterhaltung der Wasserfontäne dagegen sei er geneigt zu übernehmen, da sich eine Entbindung davon durch die königliche Regierung erhoffen lasse und Herr Leonhardt in der That auch wohl nur vergessen habe, rechtzeitig eine bezügliche Bedingung zu machen. Der Referent schließt sich der Auffassung des Magistrats an, indem er ebenfalls seinen die Erhöhung der Kaufsumme betreffenden Antrag stellt. Stadtv. Wölfel spricht zunächst seine Verwendung aus, daß mit 95 000 Mk. statt mit nur 90 000 Mk. abgeschlossen sei, wie man doch nach früher gegebenen Informationen habe annehmen dürfen; darüber hinaus könne man indes unter seinen Umständen gehen, auch halte er die Angabe des Herrn Leonhardt, durch den schnellen Abschluß des Vertrages überrascht worden zu sein, für eine bloße Ausrede und für die Folge von Aufgegerei. Ebenso erscheine ihm die Übernahme jener mehrerwähnten Verpflichtung als eine unberechtigte Zumutung, die einer weiteren Preissteigerung von 1500 bis 1800 Mk. gleichkomme, von der die Stadt wohl kaum durch die Regierung befreit werden würde. Für wünschenswert müsse er es auch erachten, an die Überlassung des Grundstücks Bedingungen zu stellen, welche die etwaige spätere Verlegung der Provinzialverwaltung ins Auge fassen und der Stadt in diesem Falle eine angemessene Entschädigung sichern. Bürgermeister Reinefarth tritt für den Standpunkt des Magistrats ein, sucht die Bedenken des Stadtv. Wölfel zu entkräften, erörtert die Gründe für Normierung der Kaufsumme auf 95 000 Mk. statt auf 90 000 Mk., an welche Herr Leonhardt rechtlich nicht gebunden gewesen sei, und bittet beizügliche Vermeidung von Weitläufigkeiten um Annahme des Antrages in der Gesamtheit, wie er der Versammlung vorliegt. Stadtv. Schwengel macht Billigkeitsgründe geltend und hält den Preis von 100 000 Mk. nicht für zu hoch; Herr Leonhardt habe der Stadt zu einem willkommnen Ausweg in augenblicklicher Verlegenheit verholfen, hätte wohl noch mehr als 100 000 Mk. fordern können und sollte doch nicht zum Vortheil der Allgemeinheit Schäden erleiden. Stadtv. Graul konstatiert, daß Herr Leonhardt ausgeht worden ist, auch Bürgermeister Reinefarth hat dies aus des Letzteren Munde vernommen, mit dem Hinzufügen, daß sogar Stadtvorordnete dabei beteiligt seien. Stadtv. Wölfel kann dies nicht glauben, weil sich ein solcher Vertreter des Gemeinwesens einer schweren Pflichtverletzung schuldig mache. Ubrigens will er alle seine sonstigen Einwände und Bedenken fallen lassen und für den Magistrats-Antrag im vollen Umfang stimmen, also auch für Übernahme der Verpflichtung zur Miunterhaltung der städtischen Wasserleitung. Damit ist die Debatte geschlossen und der erwähnte Antrag wird ebenfalls angenommen. Ein Antrag auf Erhöhung des Kaufpreises von 95 000 Mk. auf 100 000 Mk. ist überhaupt nicht gestellt worden, weder vom Magistrat noch vom Referenten noch aus der Mitte der Versammlung.

9) Ausarbeitung des Projekts x. zur Erbauung eines öffentlichen Schlachthauses. Referent Stadtv. Glas entwickelt die Gründe, aus welchen die Stadtverwaltung die Erbauung eines öffentlichen Schlachthauses für notwendig hält. Als der geeignete Platz für dasselbe ist das den Herren Gebr. Dietrich gehörige Terrain zwischen der Kaufe und der Eisenbahn in Aussicht genommen worden, und die Besitzer sind nicht abgeneigt, das Feld für 3 Mk. pro Quadratmeter an die Commune zu verkaufen. Ein bindendes Versprechen konnten die letzteren indes bisher nicht geben, da bekanntlich eine Erweiterung des hiesigen Bahnhofes geplant wird. Auf eine diesbezügliche Anfrage bei der Eisenbahn-Direktion in Erfurt ist denn auch die Antwort eingegangen, daß die Entwürfe zum Bahnhofsanbau zwar noch der Feigehaltung und Genehmigung harren, daß aber der Dietrich'sche Seitenantrag jedenfalls beifällig oder abgesehen werden dürfte. Der Magistrat, welcher bereits den Stadtbaumeister Fries mit der Ausarbeitung des Gehobhaus-Projekts zu beauftragen beabsichtigt, sieht sich deshalb in die Lage versetzt, die Verfertigung der ganzen Frage bis auf Weiteres beschränken zu

müssen. Referent kann natürlich nicht anders, als sich dem Magistrat anzuschließen, da eine Verfolgung des Projekts zur Zeit schlechterdings unthunlich erscheint. Die Diskussion dreht sich hauptsächlich um die Nothwendigkeit oder doch Zweckmäßigkeit sowie über die Rentabilität der in Rede stehenden Anlage, wobei Bürgermeister Reinefarth und Stadtv. Wölfel warm für dieselbe eintreten, während Stadtv. Barth sie entziehen beifällig. Nach Schluß der Debatte, welche auch zu einer persönlichen Bemerkung des Stadtv. Wölfel gegen den Stadtv. Wölfel führt, wird der Verfertigungsantrag einstimmig angenommen.

10) Vorschläge der Wahl-Commission betr. die Wahl von Armen-Bezirksvorstehern. Ein Widerspruch gegen diese Vorschläge erhebt sich nicht, sie gelten also einstimmig für angenommen.

Schließlich wird ein Gegenstand erledigt, der nicht auf der Tagesordnung steht. Von Magdeburg aus sind nämlich die Vertreter der Städte über 10 000 Einwohner für den 5. und 6. Januar zu einer Provinzial-Conferenz eingeladen worden, um zu der Frage der Vertheilung der Gewerbesteuer und der Schulkassen Stellung zu nehmen. Seitens des Magistrats ist haju Bürgermeister Reinefarth deputirt worden, während seitens der Stadtverordneten-Versammlung deren Vorsitzender Professor Koch's deputirt wird.

Professor Koch's Verfahren.

Sicherem Vermuthen der S. 219. nach wird demnachst zur Vertheilung der Veranderteile der königlichen Synagoge geschritten werden. Die betreffenden Unterhandlungen haben bereits seit Anfang dieses Monats begonnen. Der Herr Dr. Wölfel, welcher die Verhandlungen nicht mehr beschließen können, doch der bezüglich der Vertheilungsmethode auf die Dauer unendlich mehr geduldet werden darf. Das öffentliche Interesse rüchert sich zweifelsprechendes Abkommen, damit bei der Vertheilung nicht willkürlich, sondern nach ganz bestimmten Regeln verfahren wird. Hauptsächlich mehren sich von Tag zu Tag die Stimmen, welche gegen das von Dr. Wölfel eingeschlagene Verfahren dringend protestiren. Klätter von Bedeutung fordern immer wieder das Einhalten der Beschränkungen, damit dieser Willkür, welche den unlaublichen Spekulationen Fichte und Augen dieses, föhentlich gefeuert werden. Gerade in solchen Fällen, welche der neuen Wirkungsbedingung wohlwollend gegenüber stehen, herrscht darüber die tiefste Verwirrung. Die Thatsache, daß Herr Dr. Wölfel und andere Mitglieder der Synagoge mehrere Privatanklagen ins Leben rufen konnten, weil es ihnen an der dazu erforderlichen Synagoge nicht fehlt, fordert die Kritik geradezu heraus. Diese Herren verfügen nachweislich über größere Quantitäten der Fähigkeit, während andere Ärzte von Ruf vorgeht darum bitten. Dr. Wölfel vertritt immer wieder, vorläufig fehlt es noch an einem ausreißenden Quantum und trotzdem nehmen seine eigenen Kollegen Hunderte von Kranken in Behandlung. Die speculativen Tendenzen in dem ganzen Handel tritt leider gar zu deutlich zu Tage. Unter diesen Umständen ist es durchaus recht und billig, daß Dr. Wölfel noch allzu langen Hören anhält, ob die Vertheilung ist jedoch noch nicht entschieden, ob das Recht den Apothekern zugunsten gemacht werden soll oder nicht. Jedenfalls aber ist die Vertheilung der Veranderteile endgültig in Aussicht genommen worden.

Die lie „Deutsche Apothekerzeitung“ erachtet, ist in Kürze eine Verordnung zu erwarten, welche bestimmt, daß das neue königliche Heilmittel nur an solche Anstalten, welche eine entsprechende Garantie bieten, nicht aber an einzelne Ärzte abgegeben werden darf. Dr. Wölfel in Paris hielt am Sonntag seinen Schlußvortrag über die Behandlung intersticieller Erkrankungen mit der königlichen Synagoge und hielt darin aus, daß bei Erkrankungen an Hautkrankheiten durch das neue Mittel eine Besserung erzielt werde, doch jene Anwendung bei Augen-entzündungen dagegen beschränkt werden müsse, da sie ohne Nutzen sei und sogar schädlich würde bei vorgeschrittenen und schweren Fällen von Syphilis.

In Washington hat Senator Platt von Connecticut eine Resolution eingebracht, dem Präsidenten einen Betrag von 100 000 Dollars zur Verfügung zu stellen, um die königliche Synagoge einzuführen und das Verfahren zur Bereitung derselben lenken zu lassen.

In Montreal (Canada) wurden am 19. d. im Krankenhaus die ersten beiden Schwindsichtigen nach königlicher Methode behandelt.

Aus Mailand schreibt man: Nachdem Dr. Bardic Ferrara in Rom persönlich die Intervention des Ministerpräsidenten nachgefragt, hat der oberste Gesundheitsrath ihm die Fortsetzung der königlichen Kuren bedingungslos gestattet. In Kranenhausen Can Guiseppe behandelt er vor einer Korona von Auseren achtzehn Kranke, darunter sechs Ungeheilte. Auch hier wird der hohe diagnostische Werth der königlichen Methode allseitig anerkannt. Mehrere Krankenstände befinden sich auf dem Wege zur Heilung.

Der Bakteriologe Dr. Prior in Köln setzte in einem Vortrage über das königliche Heilmittel seine Erfahrungen darzut zusammen, das Mittel wirkt immer und an jeder erkrankten Stelle und liefert eine untrügliche Diagnose für Tuberkulose; es wirkt in allen Fällen, die äußeren wie bei inneren Erkrankungen, doch ist nur im Anfangsstadium eine vollständige Heilung zu hoffen. Bei Gehirn-Tuberkulose bewirkt die eingetragene Spewelung den Tod. Dr. Prior hat bereits über 100 Einzelfällen vorgekommen.

W e r m i s t e s .

Ueber einen großen Demobren in Argentinien, der große Ueberschwemmungen verursacht und zehntausende Menschen vernichtet hat, berichtet eine Londoner Nachrichten wie folgt: Von einer Meldung des „Mercurio“ aus Buenos Aires vom Sonntag ist in Cordoba ein Mann verunglückt und ein anderer dabei der Stadt überflommen worden. Die Ueberschwemmung ist, nahe an hundert Meilen entfernt, am 1. d. General Diaz sei nach dem Schluß der Verhandlungen abgereist.

(Eisenbahnunglück.) Auf der Eisenbahnstrecke Cambrai-Cateau entgleite am Sonntag ein Personenzug; es wurden gegen 30 Personen mehr oder weniger verletzt. (S. 219.) Auf dem Seleniter in Hopsitten sind, wie dem H. T. Ziegel, aus Memminger gemeldet wird, zwölf Frauen, sämtlich Constanzen, eingebrochen und ertrunken.

(Der verklärte Leichnam des Leipziger Universitätsprofessors Reine) ist am 11. December auf Areta angekommen worden. Man fand, wie es heißt, Professor Reine, der auf Areta naturwissenschaftlichen Studien oblag, 10 Minuten anfangs Reine's an der Wandung des Fußes schlaflos, leblos in seinem Bette liegend. Klaffende Wunden am Kopf, die offenbar von einem künftigen Instrument, wahrscheinlich einem Spaten, herriehr, zeigten an, welches gewaltsam Todes der deutsche Forscher gestorben war. Die Leiche war vollständig ausgeblutet, und nicht nur die Verletzungsstellen, wie Ohr und Gesicht, sondern selbst die Arme waren dem Unglücklichen genommen worden. Man fand ihn erst, nachdem er zwei Tage lang in Areta verstorben war. Dieser sind elf Personen als die Morde verdächtig beschuldigt, doch behaupten die Griechen, daß türkische Soldaten den deutschen Professor als einen angeblich griechischen Spion getödtet hätten.

(Bank im Theater.) Während der Montage-Vorstellung im Deutschen Volkstheater in Wien, welcher zum ersten Male die Kometenplaneten-Witze betraute, entbrach eine große Panik. Im ersten Acte des Schauspiels „Sofie“ durchbrach die Panik. Eine außerordentliche Verwirrung trat ein und Alles ergab sich vor dem Spiel, um dem Ausgange zuzusehen. Auf der Bühne erklärten die dienstthuende Beamte der Feuerweh, doch verhalten besten Jurats, daß keine Gefahr vorhanden sei, in der allgemeinen Panik. Die Lage war äußerst gefährlich. Im verzweiflungsvollen Augenblicke trat der Director vor und rief dem Publikum zu, es möge sich beruhigen, da jede Gefahr ausgeschlossen sei. Andere Besonnenen schloßen sich den Jurats an und die Menge begann sich zu beruhigen; da auch die Kometenplaneten-Witze ruhig ausbrachte, legte sich endlich die Panik ohne daß der Unfall weitere Folgen hatte.

Die Erbauung des Reichsanstalts in Berlin, über welche seit lange das tiefste Schicksal herrschte, dürfte voraussichtlich bald ihre Höhe finden. Man hat sich erinnern wird, wurde am 27. September 1887 früh morgens der kaiserliche Radfahrminister Braun an seinem eigenen Schicksalstheater an einem Baume der Anlagen bei der Silberröhre erhängt vorgefunden. Das kein Selbstmord vorlag, ergab sich sofort daraus, daß dem Unglücklichen der Schädel zertrümmert war. Der Befund zeigte auch, daß die Wunden einen Einbruch in die Rippe geplatzt hatten, bei dem sie ohne Zweifel von Braun gestört worden waren. Braun hatte dann, nachdem ihm von einem der Thäter, der sich ihm hinten herangebeugt hatte, Schusswunden in die Augen getroffen, wodurch er irreverwandlungsfähig wurde, wahrscheinlich mit einem Einbruchwerkzeug einen tödtlichen Schlag über den Schädel erlitten. Der Verdaht der Kriminalpolizei lenkte sich alsbald auf den Arbeiter Hermann Heine, einen Zuführer und gefährlichen Gewaltthäter, und dessen Frau Anna geb. W., eine Prostituirte der niedrigsten Sorte. Gegen diese beiden wurde denn auch die Voruntersuchung wegen Mordes eingeleitet, später aber wieder eingestellt, weil Staatsanwalt und Untersuchungsrichter das beigebrachte Beweismaterial nicht für ausreichend erachteten. Nichtsdestoweniger hielt die Kriminalpolizei an dieser Verbaute fest und richtete nun ihr Hauptaugenmerk darauf, das Beweismaterial zu verwerthen. Das ist ihr und insbesondere dem mit der Untersuchung betrauten Kriminalcommissarius Braun nun auch soweit gelungen, daß die Verdächtigen abernas verhaftet sind und die Voruntersuchung von neuem eingeleitet ist. Es handelt sich natürlich nur um einen Indizienbeweis; inessen werden die Indizien nach der nunmehrigen Vertheidigung des Materials in ihrer Totalität zu einer Ueberführung der Beschuldigten voraussichtlich ausreichen. Der Prosch wird ein Montreprosch nach Art des Radfahrers werden, diesem auch inessen ähnlich, als alle dabei vertheiligten Personen zur gefälligen Sorte von Richterem gehen.

(Der schlichte Bankier Junglaus aus Gletzin) scheint endlich in West im Rauslauf ergriffen worden zu sein. Wenigstens wird gemeint, daß dort eine Person festgenommen sei, die sich Kasse nennt, und da die hiesige Kriminalpolizei bereits früher festgestellt hat, daß Junglaus sich einen auf Kunde lautenden Paß verschafft hat, so dürfte der Verbaute mit dem verlogenen Betrüger identisch sein. Stettiner Blätter bestätigen diese Meldung mit dem Hinzufügen, daß man bei dem Verbaute 600 Mk. in Haar vorgefunden habe.

(In den Tagen des Bremerischen Vot- schaffers) beim Vater, Grafen Bismarck, hatte vor längem der frühere Minister in Vorkastlerbode, Bismarck, einen Stein geworfen, der den Grafen leicht verletzte. Am Sonntag wurde Bismarck wegen seines Vergehens zu einer Arreststrafe von 3 Monaten und 10 Tagen verurtheilt. Der Staatsanwalt hatte angemessenen Arrest beantragt. (Ueber die Reform des akademischen Lebens) äußerte sich am Sonabend in einer Versammlung „alter Herren“ hundertlicher Verbindungen in Berlin der bekannte Vertreter hundertlicher Reformbestrebungen Sanitätsrath Dr. Hüfner in einem längeren Vortrage, in welchem er eine Veränderung des Akademischen und eine Verminderung des Zugs in den Verbindungen als hauptsächliche Forderungen aufstellte. Zur Erreichung dieser Ziele empfahl der Redner eine Vereinfachung aller Herren aller hundertlicher Verbindungen Deutschlands mit Berlin als Mittelpunkt. Die Versammlung erklärte im Prinzip die Einverständlichkeit mit dem Vortrage, meinte jedoch, die Befestigung darüber einer größeren Versammlung überlassen zu müssen.

(Für das Bismarckdenkmal) wird nach langer Unterredung wieder einmal ein Verzeichniß von Leistungen über Beiträge veröffentlicht, welches mit dem Gesamtbeitrage von 29 776 Mk. abschließt, jedoch jetzt 889 585 Mk. ausgemacht sind.

(Gurubereits) Was Jag in der Schweiz wird dem „Gurubereits“ berichtet, daß ein holländischer Einnehmer eines Bergbauunternehmens in einer Kiste wohlverpackt einen Granat in Brüssel schickte. Einige Tage nach der Ankunft war das Kiste entleert, um nach 14 Tage rothnude und abgemogelt, um Glück zu wünschen, vor der Thür seines früheren Herrn in Zug angekommen. Der treue Hund erlag aber nach wenigen Tagen den Folgen der ausgesetzten Entbehrungen und Anstrengungen. Was ist in diesem Falle mehr zu beklagen, die Treue oder die erspahnliche Oelendungsgebe und die gütige Ausdauer des Hundes?

Merseburger Correspondent.

Erste Ausgabe:
Sonntag, Dienstag, Mittwoch, Donnerstag
und Samstag 12 1/2 Ngr.
Expedition: Delgado Nr. 8.

Illustrirtes Sonntagsblatt.

Abonnementspreis:
pro Quartal: 1 Mark bei Abholung. — 1 Mark
20 Pfg. durch den Herausgeber. — 1 Mark
25 Pfg. durch die Post.

No. 254.

Mittwoch den 24. Dezember.

1890.

Abonnements-Einladung.

Mit dem 1. Januar n. J. beginnt ein neues Abonnement auf den

Merseburger Correspondent.

Das pünktliche Eintreffen desselben in den ersten Tagen des neuen Jahres hängt lediglich von der rechtzeitigen Bestellung ab, die von den auswärts Abonnenten bis zum 28. Dezember d. J. bei den kaiserl. Postämtern bewirkt sein muß. Bei späterer Erneuerung des Abonnements kann der Empfang der ersten Nummern des kommenden Quartals nicht mit Sicherheit in Aussicht gestellt werden, auch sind die Postanstalten berechtigt, für die event. Nachlieferung 10 Pf. Porto zu erheben.

Der Abonnementspreis beträgt wie bisher 1,25 Mk. (ohne Bestellgeld) bei der Post, 1,20 Mk. bei unseren Colporteurs, 1 Mk. bei den Abholstellen.

Alle Postämter und Postboten, sowie die Colporteurs nehmen Bestellungen entgegen. Den hiesigen Abonnenten geht der Merseburger Correspondent auch ohne besondere Bestellung weiterhin zu, so lange eine Änderung nicht gewünscht wird. Zu recht zahlreicher Beteiligung laden höflichst ein

Redaction und Expedition
des Merseburger Correspondent.

** Weihnachtsgedanken.

Seit lange wurde uns das Maß des alles Zeitliche Lebenden Sonnenlichts immer knapper zugemessen; die Tage werden kürzer und kürzer, die Sonne flücht täglich etwas niedriger am Himmel, der Frost gewohnt immer mehr die Herrschaft über das Wasser und die davon durchdränkte Erde. Das Leben in der Natur erkalte. Aus einmal ein Strahl der Hoffnung. Die Sonne hat ihren niedrigsten Stand erreicht, tiefer kann sie nicht mehr sinken; nun muß sie wieder emporsteigen. Wenn sie es auch langsam thut, wir können doch alle Tage etwas vorwärts. Und wenn auch der Winter noch wiederholt verliert, seine Macht zu zeigen, wenn er noch einmal größere Kälte bringt, als vorher gewesen, wir lassen uns dadurch nicht schrecken; wir wissen, daß des Winters Macht bemessen ist, daß die täglich höher steigende Sonne doch schließlich die Herrschaft gewinnt. „Es muß doch Frühling werden.“ Unders zu den „Gedanken“ gerechneten deutschen Altworder, deren Heiligung mit den Vorgängen in der Natur in engem Zusammenhang stand, stürzen in dieser Zeit eines ihrer Hauptfeste, das Julefest oder Winterfest. Sie glauben, daß die Sonne, wenn sie den niedrigsten Stand erreicht, kurze Zeit vollständig stillsteht, und daß in dieser Zeit das Schicksal des ganzen nächsten Jahres entschieden werde. Dann sollen sie den goldenen saftigen Sonnenbaum herein, als Zeichen dafür, daß unter der aufsteigenden Sonne die Wärme des Lebens die Lebenskräfte der Natur nicht erstorben sei. Und sie schmücken ihn mit Lichtern, um Licht und Wärme, die nun wieder allmählich zur Geltung gelangen wollten, zu feiern. Das Christentum hat an diese heidnischen Sitten angeknüpft und es hat dem Feste eine größere geistliche Bedeutung gegeben. — Unsere politischen Gedanken klingen nun diesmal in merkwürdiger Weise mit dem ursprünglichen Grundgedanken des Weihnachtsfestes überein. Auch wir haben eine lange Zeit politischer Erstarung hinter uns, in welcher das politische Leben in unserem Sinne, das Streben nach Freiheit und Recht erstarren zu sein schien, in der nur noch der willkürliche Wille fand, welcher es verstand, an die schicksalhaften Instanzen der Massen, an den Episcopus und die Begehrlichkeit



end daß zu welche die ten, nach Wer das für haben ja keine zu ver- rechen ba- tionären n werden, n Interesse hindernisse gerät uns volkes, der kommen Personen, n und die Wege ge- bringen, des „sio n leitender t bellebe n parallel n wird. en. Die erin aller nd wenn öbderung aller elgen- ständigen Sonderwede als Ziel erhöht, so werden wir ja Gelegenheiten finden, im vaterländischen Interesse zusammenzuwirken. Dann wird nach langer Zeit der Fühlens und Räte in nicht zu ferne Zeit auch bei uns der Frühling auch in der Politik eintreten.

Politische Überblicke.

Zur parlamentarischen Lage schreibt man der S. Fig.: 44 abhängige Regierungsbeamte, darunter 34 Landräthe, hätten die vereinigten Konser- vativen zu den Dien: ob dieses Detail schonen sein wird, den Feldzug der Herren Banker gegen die Staatsregierung mitzumachen, das ist die Frage, die gegenwärtig die parlamentarischen Kreise beschäftigt. Denn das Herr Herfurth am 17. Dezember im Namen der Regierung sprach, daß er des Gewerkschafts mit den maßgebenden Kollegen ver- sichert war, mittelst keinem Zweifel. Man erinnert sich der Rede, die Herr von Caprivi bei Einbringung der Reformvorlage hielt und die mit dem Satz- schloß: „Was ist ein Zusammenstoß von Outge- meinden und Outgeheimen im Vergleich mit der Frage, die den Staat vor Sein und Nichtsein stellt?“ Wieder die vereinigten Konservativen den karten Tropf befehen, in dieser Frage bei ihrer Opposition zu verharren, die gesammte Reformgesetzgebung zum Scheitern zu bringen, und die eigene Partei in dem ziemlich sicheren Falle einer Auflösung des Abgeord- netenhauses, vor Sein und Nichtsein zu stellen? Die Organe fast sämtlicher Parteien zeigen sich geneigt, diese Frage zu verneinen. Selbst die „Kreuz- ztg.“, die Herr v. Kautschhaupt nun doch als Organ der konservativen Partei anerkennen muß, hielt den Gedanken an eine Auflösung für ausgeschlossen und muß daher wohl die Möglichkeit einer Verhandlung mindestens von Ferne erkliden. Die konservativen „Post“, deren spiritus rector der Ministerialrath Freiherr v. Jellisch ist, zieht bemerkenswerth ge- lichte Seiten auf und wendet den ganzen Con- sult als ein leicht zu entwirrendes Mißverständnis hin- stellen, an dem eigentlich nur der Conservator Com- missionar, Herr v. Hyndbrandt, aus ein Regierungs- präside, die Schuld tragen soll. Dieser erhebende Versuch wird von der „Post. Fig.“ recht kräftig durch die Anfrage parodirt, ob vielleicht Herr Landrath v. Kautschhaupt auch mißverstanden worden sei. Dieser Herr hat bekanntlich dem Minister zugeworfen: „Ihm Sie was Sie wollen; die Konservativen werden auch thun, was sie wollen.“ Das Berliner Blatt fragt nun, ob am Ende auch das letzte „sie“

groß zu schreiben und der Satz dann so zu verstehen sei, die Konservativen würden auch thun, was der Minister wolle. Mehrfach wird auch die Befürch- tung ausgesprochen, es möge ein Compromiß zu Stande kommen, nach welchem die Konservativen für die Landgemeinordnung in der Fassung der Regierungsvorlage stimmen würden, während die vom Reichschatzsecretär v. Malgahn ohne besonderen Nachdruck und ohne Unterstützung von Seiten des Reichskanzlers vertretene Juckerreformvorlage unter den Tisch fallen würde. Jedemfalls wird man gut thun, die parlamentarische Lage nicht allzu ernst an- zusehen und sich in den Reihen der Liberalen vor- mitzuleben verführten Illusionen zu hüten. Die Verhältnisse werden, besten falls wir gewis, die Re- gierung früher oder später in die Richtung nach links drängen. Einzuwillen aber sind die governementalen Elemente in der konservativen Partei offenbar eifrig am Werke, den drohenden Bruch zu verkleinern. Die Herren wissen zu genau, daß eine Auflösung auf Grund der Reformvorlage sie so dezimiren müßte, daß sie in wenigen Wochen aus dem Wahlkampf ins Parlament zurückkehren könnten. Auch im Herren- hause, wo die gewichtigsten Schwierigkeiten liegen dürften, wird man vielleicht der Erwägung nachgeben, daß ein Parlamentsbruch nicht unerhöht ist und nicht sonderlich vortheilhaft für die junkerlichen Interessen zu sein dürfte.

In Sachen der Vergrößerung Wiens emp- pfing am Montag der Kaiser von Oesterreich den Bürgermeister und die beiden Vizebürgermeister von Wien, welche den Dank der Stadt für die Ge- nehmigung der Vorlage betreffend Groß Wien aus- sprachen. Wie verlautet, habe der Kaiser hierauf erwidert, er halte die Vergrößerung der Stadt mit den Vororten für nützlich, dieselbe werde hienächst zur gehedhlichen Erweiterung der Stadt beitragen. Der Kaiser dankte auch, welche an der Vergrößerung mitwirkten, und bräute die Hoffnung aus, alle würden den Nutzen der Vergrößerung erkennen, Friede und Eintracht werde in die Bevölkerung einkönnen.

Wie aus einer Berliner der russischen Bottschaft nahekehrenden Quelle verlautet, werden aus in Berlin Ansetzungen gemacht, um durch wohlwollende Vor- schlägen in St. Petersburg eine milder rigorose Be- handlung der russischen Juden zu er- zielen. Unter anderen ist es dem Londoner Comité gelungen, die Prinzessin von Wales und die Königin von Dänemark für deren Schicksal zu interessieren. Allein gegenüber der Entschiedenheit, mit welcher der Zar an dem einmal eingeschlagenen Wege festhält, sind alle diese Milderungsveruche definitiv als ge- scheitert zu betrachten. Wie verlautet, hat die Kaiserin von Rußland jedoch Verwendung abgelehnt und der Prinzessin von Wales empfohlen, nicht mehr auf diese aus schließlichem Gesuche zurückzukommen.

Der „Lombardese“ Ferry ist am Sonntag in einer in Epinal stattgefundenen Versammlung mit 354 von 370 St. als Candidat für die Senatswahl aufgestellt worden. Ferry wohnt die Versammlung bei und hob in seiner Rede hervor, daß Frankreich eine größere Stabilität der Regierung sowie Ordnung und Frieden verlange. Was die aus- wärtige Politik anbetreff, könne und müsse Frank- reich, ohne seiner großen Pflichten auf dem Con- tinent wegzugehen zu sein und ohne sein Ansehen und seine Macht in Europa zu verringern, sein colo- niales Reichgebiet weiter entwickeln und Alles thun, um sich seine Wasserquellen zu sichern. Ferry sprach sich ferner gegen die Trennung der Kirche von Staat sowie gegen eine Revision der Verfassung aus, der Kaiser dürfe nicht beunruhigt werden durch Jänkereien bei Verathung des Galtus- budgets, hätten doch auch die Bischöfe den Militär- gesetzen gegenüber ihre Bereitwilligkeit dargeboten. Das Schulgesetz sei ein für die Republik durchaus wesentliches und notwendiges Gesetz, es sei unumg- liche, in diesem Punkte irgend welche Zugeständnis- se zu machen, selbst nicht, wenn man damit etwa den- jentigen Konservativen entgegenkommen wolle, die in